

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 DM, im Monat, bei Zustellung durch die Post 2,50 DM, bei Postbestellung 3 DM. Unregelmäßige Abgabe, die bei den Ausgabestellen erfolgt, ist nicht zu beklagen. Die Geschäftsstelle befindet sich in Wilsdruff, Markt 1. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Geschäftsstelle ist auch für die Abgabe von Anzeigen und Inseraten zuständig. Die Abgabe von Anzeigen und Inseraten erfolgt nach Möglichkeit bis zum 10. Uhr des Tages vor dem Erscheinen der Zeitung. Die Abgabe von Anzeigen und Inseraten erfolgt nach Möglichkeit bis zum 10. Uhr des Tages vor dem Erscheinen der Zeitung.

Bezugspreis: Die 4-spaltige Standardzeile 20 Hg., die 2-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichsmark. Die 3-spaltige Standardzeile 15 Hg., die 2-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 30 Reichsmark. Die 1-spaltige Standardzeile 10 Hg., die 2-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 20 Reichsmark. Die 3-spaltige Standardzeile 15 Hg., die 2-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 30 Reichsmark. Die 1-spaltige Standardzeile 10 Hg., die 2-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 20 Reichsmark. Die 3-spaltige Standardzeile 15 Hg., die 2-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 30 Reichsmark. Die 1-spaltige Standardzeile 10 Hg., die 2-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 20 Reichsmark.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rostock behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 104 — 90. Jahrgang      Telegr.-Nr.: „Amtsblatt“      Wilsdruff-Dresden      Postfach: Dresden 2940      Mittwoch, den 6. Mai 1931

## Der Kampf ums Dasein.

Niemandem in Deutschland ist es eingefallen, an einen plötzlichen, entscheidenden Umschwung in der Wirtschaft zu glauben oder eine nahe Zukunft rosenrot zu malen. Zu tief war der Abstieg, zu lange hat er gedauert, als daß man nun auf einen raschen Wiederaufstieg hoffen dürfte. Und doch würde sich dieser — bei uns ebenso wie in der übrigen Welt — schneller vollziehen, wenn nicht immer und immer wieder „die Politik“ während dazwischenliegenden würde. Wie zugespitzt das politische Verhältnis zwischen uns und Frankreich ist, weiß die ganze Welt; jedes Wort fast, das hier gesprochen oder geschrieben wird, trägt nur dazu bei, neue Schärpen absichtlich oder unfreiwillig hineinzutragen. Beinahe ängstlich hat man sich in Deutschland gebüht, mehr als unbedingt notwendig war, über die geplante Zollunion zu reden, soweit als Wortführer dabei verantwortliche Mitglieder der Reichsregierung in Frage kommen. Man spart sich die Auseinandersetzung auf bis zur Tagung des Europarates und des Völkerbundes. Denn wir wissen ja auch nur in ganz allgemeinen, ganz unbestimmten Umrissen, was dort französischerseits als „Gegenplan“ vorgebracht werden soll; auch die aufsehenerregende Rede des Ministerpräsidenten Laval hat irgendwelche Klarheit über Ziel und Methode der französischen Gegenaktion nicht gebracht. Politische Unsicherheit, wohin man blickt! In der Frage der Seeabriegelung und des Londoner Marineabkommens ist man zwischen England, Frankreich und Italien immer noch in Verhandlungen drin, die nicht vom Fied rüden. Ob man bis zu den Genfer Tagungen damit weiterkommen wird, ist nicht allzu wahrscheinlich und daher werden die Tage zwischen Himmelfahrt und Pfingsten an den Gestaden des Genfer Sees vollgefällt sein mit den verschiedensten, durchweg aber wichtigen Auseinandersetzungen politischer Art, wobei erfahrungsgemäß die wirtschaftspolitischen Entscheidungen zu kurz kommen.

Wir Deutsche spüren ja in allergrößter Deutlichkeit, wie verhängnisvoll sich der politische Druck wirtschaftlich auswirkt; man braucht hierbei nur an das große Loch in unseren öffentlichen Finanzen zu denken, über das man nun gerade wieder genug Erschreckendes erfahren mußte. Dabei ist der ganze finanzielle Jammer der Kommunen noch nicht einmal so breit und ausführlich dargestellt worden, wie er es doch wohl längst verdient hat. Der politische Druck, die politische Unsicherheit und Ungewißheit hat ja dazu geführt, daß wir wirtschaftlich längst nicht in dem erhofften Ausmaß eine wirtschaftliche Belebung und damit eine wirklich entscheidende Entlastung des Arbeitsmarktes erfahren konnten. Riesengroß wie nun schon so lange stehen auch jetzt immer noch diese finanziellen und sozialpolitischen Probleme vor uns allen und natürlich besonders vor den Regierungen im Reich und Ländern. Es ist viel schlimmer gekommen, der Aufstieg war viel tiefer als selbst der ärgste Pessimismus annehmen konnte. Das hat auch auf die seelische Einstellung in den Massen selbst verständliche Rückwirkungen, die noch durch die leider nur zu berechtigte Empfindung verstärkt werden, daß wir wirtschaftlich zurzeit unter dem politischen Druck „auf der Stelle treten“. Und schließlich weiß man auch schon, daß neue scharfe Eingriffe in das finanzielle, wirtschaftliche und soziale Dasein weite Kreise in Deutschland erschlagen werden und erfolgen müssen. Man weiß ferner oder ahnt es zum mindesten, daß mit diesen Eingriffen auch nicht mehr lange gezögert wird, auch nicht geögert werden darf, wenn nicht das große Loch in den Reichsfinanzen immer größer und untillbar werden soll. Es ist ein unerhörter schwerer Kampf ums Dasein, den wir als Volk wirtschaftlich führen müssen, weil man uns politisch stets und ständig unter scharfem Druck hält und uns dadurch verhindert, die Arme so zu rühren, wie wir wohl könnten.

Wäre die Zahl internationaler Wirtschaftskonferenzen dafür entscheidend, der Weltkriege ein Ende zu machen, dann läge diese schon weit hinter uns. Über 30 Länder lassen sich durch etwa 1000 Delegierte auf der Washingtoner Tagung der „Internationalen Handelskammer“ vertreten und der amerikanische Präsident hält gegen das Weltwetter eine durchaus zutreffende Rede. Zum Wiederaufbau nach diesem tiefen Sturz in die Weltkrisis hinein sei „Vertrauen“ nötig. Wie wenig dies — trotz Locarno, Kellogg-Pakt usw. — tatsächlich vorhanden ist, zeigen ja allein schon die mehr als 20 Milliarden, die jährlich von den Militär- und Marinehaften für ihre Rüstungen ausgegeben werden. Oder der belgische Minister Deunin erklärt, die Welt „müsse sich klar darüber werden, daß sie wirtschaftlich eine Einheit sei“. Dazu wäre es nachgerade Zeit! Nur sorgt die Politik nach wie vor gründlich dafür, daß sich jene „Klarheit“ so bald nicht einstellt.

## Die nächste Sitzung des Reichskabinetts.

Die nächste Sitzung des Reichskabinetts wird voraussichtlich kaum vor Donnerstag stattfinden können. Bis dahin ist der Reichskanzler durch zahlreiche Einzelbesprechungen in Anspruch genommen.

## Um den freiwilligen Arbeitsdienst

Regierungsverhandlungen mit den interessierten Verbänden Die Zwangsarbeitsdienstpflicht ist von der Brauns-Kommission zur Untersuchung des Arbeitslosigkeitsproblems in ihrem ersten Gutachten abgelehnt worden, aber die freiwillige Arbeitsdienstpflicht wurde unter gewissen Umständen als empfehlenswert anerkannt. Der zweite Teil des Gutachtens, der bereits fertiggestellt, aber noch nicht veröffentlicht worden ist, soll sich ebenfalls mit dieser Frage näher befassen. Inzwischen hat Reichsminister Treviranus mit den an der freiwilligen Arbeitsdienstpflicht interessierten Verbänden bereits Fühlung genommen. Dieser Schritt hat jetzt zu einer offiziellen Aussprache des Ministers mit dem Riffhäuserbund, dem Stahlhelm, dem Reichsbanner, der Deutschen Jugendkraft und anderen Verbänden geführt. Auf Grund zahlreicher Anregungen und Vorschläge wurde die Möglichkeit der Einrichtung eines freiwilligen Hilfsdienstes für gemeinnützige Arbeiten erörtert.

Kopfbeitrag von etwa 2 Mark in Aussicht. Die Aussprache zwischen den interessierten Verbänden über den freiwilligen Arbeitsdienst und dem Reichsminister Treviranus hat zur Klärung des Grundgedankens geführt. Die von dem Minister aufgeworfene Frage, ob eine ausreichende Zahl von Freiwilligen sich unter der in Aussicht genommenen Bedingungen melden würde, wurde allerseits bejaht. Auch die weitere Frage, ob ausreichende Arbeiten vorhanden seien, wurde bejaht. Reichsminister Treviranus erklärte, daß nach seiner Ansicht ein freiwilliger Arbeitsdienst sich mit Unterstützung des Reiches entwickeln lasse. Es bestünde die Hoffnung, von der Reichsregierung einen Kopfbeitrag von etwa zwei Millionen Mark für eine bestimmte Frist zu erhalten. Die Besprechungen über die Vorbereitung des freiwilligen Arbeitsdienstes werden nach dieser vorbereiteten den Aussprache fortgesetzt werden.

## Ein Versuch in Sachlen.

Wie „Der Jungdeutsche“ mitteilt, ist es dem Jungdeutschen Orden in Sachlen gelungen, die Unterstützung der sächsischen Regierung für den Versuch eines freiwilligen Arbeitsdienstes mit zunächst 22.000 Tagewerken zu gewinnen. 120 Mann werden für dieses erste Freikorps der Arbeit zusammengestellt. Die Verhandlungen über die Vorbereitung des freiwilligen Arbeitsdienstes werden nach dieser vorbereiteten den Aussprache fortgesetzt werden.

## Verzweiflungsschrei der Landgemeinden.

Umgestaltung der Erwerbslosenversicherung. Der Deutsche Landgemeindetag hat der Reichsregierung und den Regierungen der Länder den Entwurf eines Gesetzes über eine Reichsarbeitslosenversicherung überreicht. In diesem Entwurf wird vorgeschlagen, daß die Erwerbslosenversicherung und die Wohlfahrtsverbände zusammengefaßt werden zu einer Reichsarbeitslosenversicherung, an deren Kosten das Reich mit 50, die Länder mit etwa 30 und die Gemeinden mit 15 Prozent beteiligt werden sollen. Der Deutsche Landgemeindetag hat bei der Reichsregierung beantragt, den Gesetzentwurf mit größter Beschleunigung zu verabschieden und zur Durchführung zu bringen, gegebenenfalls in der Form einer Rechtsverordnung.

## Die unerträgliche Belastung der Gemeinden.

Der Präsident des Deutschen Landgemeindetages und des Verbandes der preussischen Landgemeinden, Dr. Gerke-Pressel, M. d. R., führte anlässlich der Überreichung des Gesetzentwurfes in einer Besprechung zur Klärung der Gemeinden und zur Begründung des Entwurfes u. a. aus, die amtliche Statistik beweise, daß die Gesamtzahl der Erwerbslosen in den Groß- und Mittelstädten in der Zeit von Ende August 1930 bis Ende Februar dieses Jahres beispielweise in Preußen um 68, in Bayern um 54, in Sachsen um 72,1 Prozent gestiegen sei. In den kreisbezirksangehörigen Gemeinden — b. h.

den kleineren Städten und Landgemeinden — sei dagegen die Zahl der Wohlfahrtsverbandslosen in der gleichen Zeit in Preußen um 102,8, in Bayern um 109,3 und in Sachsen um 100,2 Prozent gestiegen. Wenn auch gegenwärtig infolge der Jahreszeit eine geringe Abnahme der Gesamtzahl der Arbeitslosen zu verzeichnen sei, so sei die Zahl der von den Gemeinden zu betreuenden Wohlfahrtsverbandslosen doch letzten Endes weiter gestiegen, da sich seit 1927 die Zahl der langfristigen Erwerbslosen von Jahr zu Jahr vermehrt habe.

Die unerträgliche Belastung der Gemeinden durch die Wohlfahrtsverbandslosen sei infolgedessen in einem Umfange gestiegen, daß beschleunigte Maßnahmen der Reichsregierung unbedingt erforderlich seien, die spärlichen Anfang Juni wirksam werden müßten. In sehr eingehenden Beratungen sei der Deutsche Landgemeindetag zu der Überzeugung gekommen, daß an der bisherigen Direktiva der Arbeits-

behandlungen darüber (schweben bereits seit einigen Monaten, sind noch nicht abgeschlossen. Dabei hat sich, wie wir auf unsere Erhebungen erfahren, insbesondere Staatsminister Richter als lässlicher Arbeitsminister sehr lebhaft für den Plan interessiert und zugesagt, die Angelegenheit nach Möglichkeit zu fördern. Bei den zur Durchführung kommenden Vorarbeiten soll es sich um wasserwirtschaftliche Projekte handeln, die zurzeit noch nicht vorbringlich sind, die aber aller Voraussicht nach in einigen Jahren doch durchgeführt werden müssen.

## Der Kampf um den Brotpreis.

Amlich wird mitgeteilt: Im Reichsernährungsministerium haben am Dienstag Besprechungen mit den Berliner Mühlen stattgefunden über die Mittel und Wege, wie den Bäckern das Roggenmehl zu einem Preise angeboten werden kann, der es ihnen auch bei Überdüngung aller Umstände ermöglicht, den alten Brotpreis wieder herzustellen.

Die Berliner Mühlen haben sich grundsätzlich bereit erklärt, bei Herabgabe gewisser Mengen von Roggen aus den Beständen der Deutschen Getreidehandels-Gesellschaft das Mehl zu einem entsprechenden Preise zu liefern.

Die letzten Einzelheiten werden voraussichtlich am 6. Mai festgelegt werden.

An die abschließende Besprechung mit den Mühlen werden sich die Verhandlungen mit den Berliner Bäckern wegen Senkung des Brotpreises unmittelbar anschließen.

## Das Weizenkontingent.

Wie wird die Regelung technisch durchgeführt? Für die Zeit bis vorläufig 15. Juni ist die Regelung getroffen worden, nach der Weizen eingeführt wird. Im Rahmen des Kontingents wird der Weizen Zoll von 25 Mark auf 20 Mark je Doppelzentner ermäßigt. Die Ermäßigung erfolgt im Wege der Zollrückvergütung an diejenigen Mühlen, die bisher bereits Auslandsweizen vermahlen haben und sich der Reichskontrolle für die Durchführung der Vermahlung und für die Preisgestaltung beim Absatz des vollverbackenen Weizens unterwerfen. Diese Mühlen können die Zollrückvergütung bis zu 20 Prozent nachweislichen monatlichen Vermahlungsumfanges an Auslandsweizen in Anspruch nehmen.

Es wird besonders darauf hingewiesen, daß der gegenwärtig auf 50 Prozent festgesetzte Vermahlungszwang für Inlandsweizen unverändert auch bei diesen Mehlen in Geltung bleibt.

## Kriegsschulden und Weltwirtschaftskrise.

Deutschland soll ein Moratorium verlangen! Die Regelung der Kriegsschuldenzahlungen zusammen mit den Tributlasten Deutschlands, die allgemein als der Hauptgrund der Weltwirtschaftskrise angesehen werden, scheint für Amerika ein „heißes Eisen“ zu sein, an das es bei den Beratungen der Internationalen Handelskammer in Washington nicht gern rühren lassen möchte. Wenn auch nicht einzufehen ist, wie eine entsprechende Arbeit bei dieser Konferenz herankommen soll, ohne daß dieser wichtigste und wunde Punkt der internationalen Wirtschaft ausführlich behandelt wird, so läßt der bisherige Verlauf der Debatte doch klar erkennen, daß Amerika in dieser Angelegenheit vorläufig